

*Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu den beiden vorstehenden Abschnitten:*

„Die außenpolitischen Gegenheiten und die innerdeutschen Beziehungen sind ein weiterer wichtiger Bereich bei der Erforschung der SBZ/DDR-Geschichte. Die derzeit heftigen, häufig parteipolitisch geprägten Diskussionen über die Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Politikern werden heute in der Regel allein auf der Grundlage von Materialien aus den Beständen des SED-Archivs geführt. Genau wie die vom Bundesarchiv verwalteten Akten der anderen zentralen staatlichen Behörden der DDR, auf die in der Regel die 30-Jahre-Sperrfrist nicht angewandt wird, müssen deshalb auch die heute vom Auswärtigen Amt verwalteten Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR der Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Eine wirklich sachliche, quellenkritische Aufarbeitung des innerdeutschen Verhältnisses wird aber erst dann möglich sein, wenn für die relevanten Bestände von staatlichen Institutionen, Parteien und Organisationen in den alten Bundesländern die gleichen Bestimmungen gelten wie für die DDR-Akten. Nur so wird eine kritische Überprüfung der DDR-Überlieferung an der westlichen Gegenüberlieferung möglich sein.“

Die außenpolitischen Gegebenheiten der DDR waren vor allem durch ihre feste Einbindung in das Sowjetimperium geprägt. Das Verhältnis und der Abhängigkeitsgrad zwischen Moskau und Ost-Berlin lassen sich nur mit Hilfe sowjetischer Akten klären. Die verstärkte Heranziehung von sowjetischen Archivalien ist daher für eine wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Diskussion über die Geschichte der SBZ/DDR unbedingt erforderlich.

Nur durch die Auswertung möglichst vieler Quellen unterschiedlicher Provenienz wird sich letztlich ein klares Bild der SED-Diktatur ergeben. Im Interesse einer wissenschaftlich fundierten, politisch-moralisch dringend gebotenen Aufarbeitung von Geschichte und Folgen dieser Diktatur muß deshalb die Öffnung sämtlicher relevanter Archive gefordert werden.

#### 4. *Handlungsempfehlungen:*

- Die noch ausstehenden Landesarchivgesetze sollten sobald als möglich verabschiedet werden.
- Geltende rechtliche Regelungen sollten auch dort, wo dies bisher nicht der Fall ist, durchgängig zur Anwendung gebracht werden (z. B. durch den Erlaß von Rechtsverordnungen zur Nutzung der Archive).
- Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR sollten für die Forschung zugänglich sein.
- Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort,

wo die Aktenlage es erfordert, von Fall zu Fall geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.

*Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu vorstehender Handlungsempfehlung:*

„Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort, wo die Aktenlage es erfordert, geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.“

- Die zügige Erschließung der Archivalien muß durch die finanzielle und personelle Absicherung der Archive gewährleistet werden.
- Die Suche nach „vagabundierenden Akten“ sollte intensiv fortgesetzt werden.
- Die schriftlichen Überlieferungen von Betrieben und Kombinatn der DDR sollten an die jeweils zuständigen öffentlichen Archive übergeben werden.
- Die gegenwärtigen, teils noch erheblichen räumlichen, finanziellen, personellen und technischen Probleme früherer DDR-Archive, vor allem auf lokaler Ebene, müssen behoben werden. Hierzu zählen insbesondere auch die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen und heute oftmals allein vom ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten getragenen Archive.
- Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Russischen Föderation und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie insbesondere auch mit den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sollte intensiv gefördert werden.
- Außer dem Verbleib sollte auch die Möglichkeit des Zugangs zu den Akten internationaler Organisationen, in denen die DDR Mitglied war, speziell des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes, sowie generell zu Akten, die die internationale Koordination der Politik der kommunistischen Staaten und Parteien betreffen, geklärt werden.

D. *Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht*

„Zum ersten Mal seit 1969, dem Jahr, als mit der „Kleinen Parlamentsreform“ die Enquete-Kommission in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundes-